

NEIN zu Steuergeschenken
für einige wenige
Privilegierte!

NEIN zu Sparübungen für
viele!

Deshalb am 26. November 2006:

NEIN zur Revision des
Steuergesetzes

IMPRESSUM

Komitee «NEIN zum ungerechten und unausgewogenen
Steuergesetz», Postfach 4806, 6304 Zug

Danke für Ihre Spende auf Postkonto 60-455060-1
mit Referenz: Steuergesetz-Kampagne.

Das Komitee wird unterstützt durch
Alternative Kanton Zug, Sozialdemokratische Partei des
Kantons Zug (SP), Gewerkschaftsbund Kanton Zug (GBZ),
Christlich-Soziale Partei Zug (CSP), Mieterinnen- und Mie-
terverband des Kantons Zug (MV Kanton Zug).

Der Kanton Zug kennt bereits heute die euro-
paweit tiefste effektive Steuerbelastung für
Unternehmen*. Es kann nicht angehen, dass
steuerlich bereits privilegierte Personen und
Gesellschaften in den Genuss von zusätz-
lichen substanziellen Steuergeschenken kom-
men. Die Zeche dafür zahlen normal verdie-
nende Haushalte mit einem Leistungsabbau
beim Service Public und den hohen Wohn-
und Lebenskosten.

**Wohnen und Leben in Zug soll für
alle attraktiv und bezahlbar sein!**

*Quelle BAK Basel Economics / ZEW Mannheim

NEIN zu Steuergeschenken
für einige wenige
Privilegierte!

NEIN zu Sparübungen für
viele!

Deshalb am 26. November 2006:

NEIN zur Revision des
Steuergesetzes



NEIN weil UnternehmerInnen,
Kapitalgesellschaften und
AktionärInnen mit bis zu 25 Millionen Franken
entlastet werden. Familien aber sollen mit
gerade mal 4 Millionen Franken abgespiessen
werden.

NEIN weil gleichzeitig eine eigent-
liche Sparhysterie in unserem
Kanton vorherrscht, welche zu sinn- und kon-
zeptlosen Sparübungen auf Kosten von Fami-
lien und Jugendlichen führt.

NEIN weil der ungebremte Zuzug
von privilegierten Firmen und
Privatpersonen die Wohn- und Lebenskosten
für die Bevölkerungsmehrheit noch stärker
ansteigen lässt.



Die geplante Steuer- gesetz-Revision

ist unausgewogen und ungerecht, weil...

- der Steuerrabatt von 30 % für UnternehmerInnen und AktionärInnen sowie die massive Senkung der Kapitalsteuern für heute schon privilegierte Gesellschaften ein Loch von bis zu 25 Millionen Franken in die Kassen von Kanton und den Gemeinden reissen würde. Familien aber sollen durch die Anhebung der Kinderbetreuungsabzüge mit gerade mal 4 Millionen Franken abgespiesen werden.
- gleichzeitig eine eigentliche Sparhysterie im Kanton vorherrscht, welche zu sinn- und konzeptlosen Sparübungen auf Kosten von Jugendlichen und Familien (zum Beispiel beim Jugendsport, bei Auszubildenden, Stipendien und der Schulzahnpflege) führt und auch vor dem Staatspersonal keinen Halt mehr macht (Verschlechterung der Pensionskassen-Leistungen). Mit einer Staatsaufgabenreform plant die Regierung gar weitere 30 Millionen Franken jährlich einzusparen.

- der ungebremste Zuzug von privilegierten Firmen und Personen die Wohn- und Lebenskosten für die Bevölkerungsmehrheit noch stärker ansteigen lässt. Zug ist schon heute der teuerste Kanton für Familien mit Bruttoeinkommen von 70'000 Franken, wenn man die Kosten für Miete, Krankenkasse und Steuern zusammen rechnet (Quelle: Schweiz. Mieterverband). Und gemäss einer kürzlichen UBS-Wirtschaftsstudie sind die Wohnkosten in Zug gar dermassen hoch, dass nur wer jährlich über 200'000 Franken verdient überhaupt vom Steuervorteil profitiert.
- das dadurch verursachte überproportionale Bevölkerungswachstum noch mehr Verkehr, eine weitere Zersiedelung und Zerstörung von Grünflächen mit sich bringt, was der Umwelt schadet und unsere Lebensqualität mindert.
- das neue Steuergesetz keine Steuergerechtigkeit bringt und den verfassungsmässigen Grundsatz, wonach alle nach ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit Steuern zahlen sollen, missachtet.

Gemäss dem aktuellen Index der Eidgenössischen Steuerverwaltung beträgt die Steuerbelastung im Kanton Zug 52,7 Indexpunkte. Mit grossem Abstand folgen die Kantone Schwyz (64,1) und Tessin (70,8). Die beiden Kantone am anderen Ende, Uri (149,3) und Obwalden (155,8), haben drei Mal so hohe Steuern.

Der Kanton Zug trägt als einer der Hauptinitiatoren des interkantonalen Steuerwettbewerbs eine Verantwortung. Zug heizt mit dieser Steuergesetz-Revision den ruinösen Wettkampf um die besten Steuerzahlenden noch weiter an.

Wir sagen NEIN...



«Ich lehne die Steuergesetz-Revision hauptsächlich aus zwei Gründen ab. Erstens ist die Vorlage unausgewogen. Wie bereits ausgeführt führen die Steuergeschenke für Kapitalgesellschaften und Aktionäre zu Steuereinsparungen von bis zu 25 Millionen Franken. Andererseits müssen sich Familien aber mit Brosamen von nicht einmal 4 Millionen Franken begnügen. Die von mir im Kantonsrat eingebrachten Anträge für einen breiter abgestützten Mietzinsabzug (Steuerausfall von knapp über 1 Mio.) sowie allgemein höherer Kinderabzüge hatten nicht den Hauch einer Chance. Zweitens ist es inakzeptabel, dass gleichzeitig auf dem Buckel der Mittelschicht kurzfristig angelegte und konzeptlose Sparübungen durchgeführt werden (Bsp. Herabsetzung der Alterslimite von Stipendienbezüglern auf 40 Jahre: Fr. 65'000.--, Einstellung der Anschubfinanzierung für freiwilligen Schulsport in den Gemeinden: Fr. 60'000.--, Streichung der Fahrspesenentschädigung für Lehrlinge: Fr. 450'000.-- etc.).»

Martin B. Lehmann, Kantonratsrat SP Unterägeri



«Die Anträge der Alternativen, die Steuersenkungen für AktionärInnen, UnternehmerInnen und Kapitalgesellschaften abzulehnen, fanden im Kantonsrat keine Unterstützung. Dies obwohl die neuerlichen Steuersenkungen für bereits heute privilegierte Personen und Unternehmungen noch höhere Wohn- und Lebenshaltungskosten zur Folge hat. Diese einseitige Privilegierung führt dazu, dass die Mehrheit der Bevölkerung weniger Geld zum Leben hat.

Die Steuergeschenke verstärken das höchst schädliche Steuerdumping. Bereits jetzt hat der Kanton Zug die weitest tiefsten Steuersätze. Den anderen Kantonen werden die nötigen Ressourcen zur Erfüllung der wichtigsten öffentlichen Aufgaben bei Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit oder Infrastruktur entzogen. Diese Steuerpolitik ist auch unsolidarisch gegenüber Entwicklungsländern, denen Dutzende von Milliarden Dollars jährlich für dringend benötigtes Trinkwasser, Essen, Schulen oder Spitäler abgezogen wird.»

Manuela Weichelt-Picard, Präsidentin Alternative Kt. Zug



«Es reicht mit Steuergeschenken an die Reichen. Denn es ist ungerecht! Kapitalbesitzende sacken bereits das ein, was die Werkstätigen erarbeiten (von den Abzockern kann man fast täglich in den Medien lesen). Es ist also nicht mehr als recht, dass jene, die mehr haben, auch mehr abliefern sollen. Das Zuger „Steuerparadies“ bringt zudem keine Vorteile für die Normalverdienenden. Im Gegenteil: Die höheren Mieten und die überdurchschnittlichen Lebenskosten müssen nicht nur ein Mal im Jahr bezahlt werden. Aus diesen Gründen stimme ich Nein zu diesem ungerechten Steuergesetz.»

Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Zug